

Stand: 09.02.2026 04:35:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15378

"Finanzierung des Mittelstands weiter ermöglichen - Finanzmarktregulierung für kleine und regionale Banken anpassen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15378 vom 09.02.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16197 des HA vom 16.03.2017
3. Beschluss des Plenums 17/16394 vom 06.04.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 101 vom 06.04.2017



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Markus Ganterer, Dr. Christian Magerl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Finanzierung des Mittelstands weiter ermöglichen – Finanzmarktregulierung für kleine und regionale Banken anpassen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und auf Europaebene dafür einzusetzen, dass die Regulierung und Aufsicht von Banken verstärkt an Größe, Risiken und Geschäftsmodell der jeweiligen Banken angepasst wird.

Dabei sind für kleine und regional tätige Banken

- Meldeanforderungen an die Aufsichtsbehörden zusammenzufassen,
- der Prüfungsaufwand der Aufsichtsbehörden am Risiko für das Finanzsystem zu orientieren und
- Eigenkapitalanforderungen so zu formulieren, dass die Kreditversorgung kleiner und mittlerer Unternehmen nicht gefährdet wird.

Die europäische Einlagensicherung für Banken ist ausschließlich als Rückversicherungsmodell zu gestalten, das erst zum Einsatz kommt, wenn institutseigene Sicherungssysteme nicht mehr ausreichen. Die Beiträge der Banken zur Einlagensicherung sind am Risiko ihres Geschäftsmodells zu orientieren.

### **Begründung:**

Die Finanzkrise hat deutlich gemacht, dass kleine, lokal tätige Banken wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken wesentlich stabiler und weniger krisenanfällig sind als Großbanken. Sie sind zudem für die Versorgung mit Finanzdienstleistungen in der Fläche und als Finanzierer kleiner und mittlerer Unternehmen von großer Bedeutung.

Die Reformen der Finanzmärkte in der Europäischen Union nach der Finanzkrise 2008 haben das Ziel, eine

neue Finanzkrise zu verhindern und mögliche Risiken nicht mehr auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abzuwälzen. Zu den Reformen zählen der Ausbau der Bankenaufsicht, höhere Eigenkapitalanforderungen und der Ausbau der Einlagensicherung. Das ist grundsätzlich richtig. Teile der geplanten und bereits umgesetzten Regulierungen gehen für kleine und regional tätige Banken aber an den Risiken und Geschäftsmodellen vorbei und stellen ihre wirtschaftliche Existenz infrage.

Dazu zählen erstens die Meldeanforderungen an Statistikämter, nationale Zentralbanken, die Europäische Zentralbank (EZB), nationale Bankenaufsichten und die europäische Bankenaufsicht. Ein gemeinsames Meldeverfahren aller Aufsichtsbehörden würde den Verwaltungsaufwand der Banken deutlich vermindern, ohne dass der Aufsicht notwendige Informationen fehlen.

Zweitens muss auch die Aufsichtspraxis geändert werden. Heute wenden die Aufsichtsbehörden viel mehr Zeit für kleine als für große Banken auf. Das geht an der tatsächlichen Risikolage völlig vorbei.

Drittens muss die notwendige Stärkung der Eigenkapitalbasis der Banken angepasst werden. Denn insbesondere für kleine Banken ist der durch die Regulierung zu tragende Aufwand in Relation zum Geschäftsvolumen deutlich höher als bei Großbanken. Sie sind daher vermehrt dazu gezwungen, mit anderen Banken zu fusionieren. Konkurrenz wird dadurch verringert, was nicht im Interesse der Kundinnen und Kunden sein kann.

Viertens sollte die europäische Einlagensicherung ausschließlich als Rückversicherung fungieren. Nur für den Fall, dass die Institutssicherung mit der Sicherung der Einlagen ihrer Kundinnen und Kunden überfordert wäre, sollte die europäische Einlagensicherung haften. Sparkassen und Genossenschaftsbanken müssten dabei nur niedrige Beiträge an die europäische Einlagensicherung leisten, da nur der sehr unwahrscheinliche Fall abgesichert werden müsste, dass die Institutssicherung selbst überfordert wäre.

An die Regulierung kleiner und mittlerer Banken müssen also andere Anforderungen gestellt werden als bei Großbanken. Es geht dabei nicht um Privilegien für kleine und mittlere Banken, sondern um passgenaue Regulierungsvorgaben, die sich nicht an den komplexen Risiken großer Banken orientieren, sondern dem Kredit- und Einlagengeschäft kleiner Institute entsprechen



## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause,  
Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und  
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Drs. 17/15378

### Finanzierung des Mittelstands weiter ermöglichen - Finanzmarktregulierung für kleine und regionale Banken anpassen

#### I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Thomas Mütze**  
Mitberichterstatter: **Ernst Weidenbusch**

#### II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 143. Sitzung am 21. Februar 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Enthaltung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 7. März 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 16. März 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

**Peter Winter**  
Vorsitzender



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/15378, 17/16197

**Finanzierung des Mittelstands weiter ermöglichen – Finanzmarktregulierung für kleine und regionale Banken anpassen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Ich rufe also den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

### **Abstimmung**

**über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag das unter Nummer 1 aufgeführte öffentliche Konsultationsverfahren zu einer multilateralen Form der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten abschließend beraten und empfohlen hat, die auf Drucksache 17/16301 ausgedruckte Stellungnahme abzugeben. Ergänzend schlägt er vor, in den Beschluss den Satz "Die Stellungnahme wird unmittelbar an die Europäische Kommission übermittelt" aufzunehmen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen sind in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch nicht. Dann übernimmt der Landtag die Voten.

## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

### Europaangelegenheit

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union  
Handel:  
Öffentliche Konsultation zu einer multilateralen Reform der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten  
21.12.2016 – 15.03.2017  
Drs. 17/15685, 17/16301 (G) [X]

#### Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Abweichendes Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

### Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u.a. SPD  
Verantwortung des Freistaates bei Erhalt und Erinnerungskonzept von Zeppelintribüne und Zeppelfeld  
Drs. 17/14535, 17/16062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bürgerschaftliches Engagement an Schulen fördern I –  
Landesweite Koordinierungsstelle für die Umsetzung der Lehr- und Lernmethode des Service Learning/Lernen durch Engagement  
an Schulen auf den Weg bringen  
Drs. 17/14701, 17/16083 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bürgerschaftliches Engagement an Schulen fördern II –  
Qualitätsstandards des Service Learning/Lernen durch Engagement sichern  
Drs. 17/14702, 17/16084 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD  
Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet I:  
Kommunikation verbessern  
Drs. 17/15125, 17/16193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



6. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD  
Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet II:  
Kommunalen Handlungsspielraum erweitern  
Drs. 17/15126, 17/16194 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD  
Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet III:  
Ursachen auf den Grund gehen  
Drs. 17/15127, 17/16196 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Markus Ganser u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Verlagerung der Autobahndirektion Südbayern nach Deggendorf  
sinnvoll gestalten  
Drs. 17/15132, 17/16190 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsnachweisen auch für Arbeitsplatzbewerber und -bewerberinnen ermöglichen  
Drs. 17/15133, 17/16085 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganser u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bahnausbau nach Prag  
Drs. 17/15198, 17/16191 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Finanzierung des Mittelstands weiter ermöglichen –  
Finanzmarktregulierung für kleine und regionale Banken anpassen  
Drs. 17/15378, 17/16197 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kein Abriss von Gundremmingen Block B unter einem beladenen Brennelemente-Becken und bei Weiterbetrieb von Block C  
Drs. 17/15379, 17/16186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bayern barrierefrei: Mehr Sicherheit für Menschen mit Behinderungen durch Markierungen von Anhaltepunkten auf den Bahnsteigen des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs  
Drs. 17/15520, 17/16192 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Reduzierung der Feinstaub- und Stickoxidbelastung in Bayern  
Drs. 17/15523, 17/16188 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel u.a. und Fraktion (CSU)  
Erkenntnisse aus der gemeinsamen Übung von Polizei und Bundeswehr  
Drs. 17/15812, 17/16151 (G)

**Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Votum des mitberatenden Ausschusses für

Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)  
Gemeinsame Terrorismusabwehr-Exercise (GETEX)  
Drs. 17/15841, 17/16149 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Keine schleichende Militarisierung der Innenpolitik  
Drs. 17/15842, 17/16145 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für

Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport  
hinsichtlich Nr. 1 des Antrags

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Votum des federführenden Ausschusses für

Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport  
hinsichtlich Nr. 2 des Antrags

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD  
Ausspähungsversuche durch die türkische Regierung in Bayern  
Drs. 17/15643, 17/16150 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Expertenanhörung zum Sitzzuteilungsverfahren d'Hondt  
bei Kommunalwahlen im Freistaat  
Drs. 17/15943, 17/16126 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen**

**Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen**

20. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures u.a. SPD  
Regelmäßige Information des Ausschusses über Auslandsreisen der Europaministerin  
Drs. 17/15824, 17/16177

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**